Reglement betreffend die jährliche Verteilung der dem Hilfsfonds des Staatsrates zugewiesenen Gewinne der Loterie Romande

vom 23. Juni 2010

Der Staatsrat des Kantons Wallis

eingesehen das Bundesgesetz betreffend die Lotterien und die gewerbsmässigen Wetten vom 8. Juni 1923;
eingesehen Artikel 26 der Interkantonalen Vereinbarung über die Aufsicht sowie die Bewilligung und Ertragsverwendung von interkantonal oder gesamtschweizerisch durchgeführten Lotterien und Wetten vom 7. Januar 2005;
eingesehen Artikel 10 Absatz 3 der «9ème Convention relative à la Loterie Romande» vom 18. November 2005;
eingesehen Artikel 7 Absatz 1 der Verordnung betreffend der Verteilung der Gewinne aus Lotterien vom 4. Juli 2001;
auf Antrag des Präsidiums,

beschliesst:

1. Abschnitt: Allgemeine Bestimmungen

Art. 1 Geltungsbereich

Das vorliegende Reglement regelt die Verwendung der dem Hilfsfonds des Staatsrates zugewiesenen Gewinne der Loterie Romande.

Art. 2 Verteilung der Gewinne

¹Die dem Hilfsfonds des Staatsrates zugewiesenen Gewinne der Loterie Romande werden an gemeinnützige Institutionen oder Projekte verteilt.

²Sie dürfen ausschliesslich der Ermöglichung oder Erleichterung gemeinnütziger Tätigkeiten dienen.

³Sie dürfen nicht für die Ausübung öffentlich-rechtlicher Verpflichtungen verwendet werden.

Art. 3 Gemeinnützige Institutionen, gemeinnützige Projekte

¹Als gemeinnützig gelten Institutionen, die nicht auf Gewinn ausgerichtet sind und die ohne einen Meinungs-, Ideologie- und Glaubenszwang auszuüben dem Gemeinwohl dienen.

²Als gemeinnützig gelten Projekte, die eine soziale Zielsetzung haben und geeignet sind, die Lebensbedingungen aller oder eines Teils der Bevölkerung zu verbessern, sowie Tätigkeiten, die zum Zweck haben, im Dienste des Gemeinwohls das gesellschaftliche Leben, die Ausbildung, das kulturelle Leben oder die wissenschaftliche Forschung zu fördern.

2. Abschnitt Vollzugsorgane

Art. 4 Staatsrat

Der Staatsrat hat folgende Befugnisse:

- a) er überträgt dem Staatskanzler die Kompetenz zur Unterbreitung von Vorschlägen zur Aufteilung des Betrags aus dem Hilfsfonds des Staatsrates;
- b) er prüft die vom Staatskanzler unterbreiteten Vorschläge zur Aufteilung des Betrags aus dem Hilfsfonds des Staatsrates.

Art. 5 Staatskanzler

Der Staatskanzler hat folgende Befugnisse:

- a) er prüft die an den Staatsrat, an die Departementsvorsteher oder an den Staatskanzler gerichteten Spendengesuche;
- b) er unterbreitet dem Staatsrat Vorschläge zur Aufteilung hinsichtlich der genannten Gesuche;
- c) er überprüft die Verwendung der gewährten Spenden;
- d) er erstattet dem Staatsrat jährlich Bericht.

Art. 6 Finanzverwaltung

Der Hilfsfonds des Staatsrates befindet sich auf einem von der Kantonalen Finanzverwaltung geführten Spezialkonto.

3. Abschnitt Spendengesuche

Art. 7 Grundsätze

¹Die Spendengesuche sind schriftlich zu stellen.

²Ihnen sind sachdienliche Unterlagen beizulegen, namentlich:

- a) die Statuten;
- b) der Tätigkeitsbericht des Vorjahres;
- c) der von einem externen Organ geprüfte Finanzbericht;
- d) die Bilanz und die Betriebsrechnung;
- e) das Budget und das Tätigkeitsprogramm des Folgejahres.

³Wenn sie direkt für ein gemeinnütziges Projekt bestimmt sind, sind ihnen weitere sachdienliche Unterlagen beizulegen, namentlich:

- a) das Planungs- und Umsetzungskonzept des Projekts;
- b) die Finanzierung des Projekts;
- c) die Angabe der Dringlichkeit des Projekts.

⁴Der Staatskanzler kann jederzeit zusätzliche Informationen einverlangen.

⁵Es besteht kein Rechtsanspruch auf eine Spende.

⁶Im Rahmen des Möglichen sollte der Staatsrat seine Mittel den Direktbegünstigten gewähren.

Art. 8 Unzulässige Gesuche

¹Spendengesuche einer Privatperson oder Personengruppe ohne Rechtspersönlichkeit sind grundsätzlich unzulässig.

²Gesuche um eine Defizitdeckungsgarantie sind grundsätzlich unzulässig.

³Der Begünstigte einer Spende kann im Laufe desselben Jahres ausser in Ausnahmefällen kein neues Gesuch stellen.

Art. 9 Fristen

¹Der Staatskanzler nimmt halbjährlich Verteilungen vor. Die Fristen für die Einreichung der Spendengesuche sind auf Ende Mai und Ende November festgelegt.

²Nicht fristgerecht und unvollständig eingereichte Gesuche werden im Laufe des folgenden Halbjahres behandelt.

Art. 10 Erneuerung eines Gesuchs

Im Falle eines Gesuchs um Erneuerung einer Spende für dasselbe Projekt unterbreitet der Begünstigte dem Staatskanzler einen Bericht über die Umsetzung und den Fortschritt des mithilfe des Hilfsfonds des Staatsrates realisierten Projekts.

Art. 11 Kriterien

¹Für ein Spendengesuch gelten folgende Zulässigkeitskriterien:

- a) Deckung eines prioritären gemeinnützigen Bedarfs;
- b) direkte Auswirkung für eine bedeutende Anzahl Personen;
- c) Ausübung eines Maximums an ehrenamtlicher Tätigkeit auf allen Ebenen der gemeinnützigen Institution;
- d) mindestens 50 Prozent andere Einkommensquellen als jene aus dem Hilfsfonds des Staatsrates;
- e) Einreichung eines vollständigen und transparenten Dossiers sowohl in finanzieller Hinsicht als auch hinsichtlich der Präsentation der gemeinnützigen Institution.

²Die Spendengesuche zertifizierter gemeinnütziger Institutionen werden prioritär behandelt.

Art. 12 Unterbreitung der Vorschläge

Sobald der Staatskanzler die Prüfung der zulässigen Gesuche abgeschlossen hat, unterbreitet er die Projekte, die er dem Staatsrat vorzuschlagen gedenkt, der Kantonalen Finanzverwaltung zur Vormeinung.

Art. 13 Entscheid

Der Staatsrat fällt die Verteilungsentscheide. Die vom Staatsrat gefällten Entscheide sind endgültig.

Art. 14 Kontrolle

Der Staatskanzler kann jederzeit von sich aus oder auf Begehren des Staatsrates eine Kontrolle oder eine Evaluation der Tätigkeiten der Institution im Rahmen der aus dem Hilfsfonds des Staatsrates mitfinanzierten Projekte durchführen.

Art. 15 Werbung

Bei jeder vom Begünstigten einer Spende aus dem Hilfsfonds des Staatsrates lancierten Veröffentlichung, Informations- und Kommunikationskampagne in

der Öffentlichkeit oder in den Medien ist die Unterstützung des Kantons zu erwähnen.

4. Abschnitt Schlussbestimmungen

Art. 16 Inkrafttreten

¹Das vorliegende Reglement tritt am 1. Juli 2010 in Kraft.

²Der Staatsratsentscheid vom 17. August 1994 wird aufgehoben.

So beschlossen im Staatsrat zu Sitten, den 23. Juni 2010.

Der Präsident des Staatsrates: **Jean-Michel Cina**

Der Staatskanzler: **Philipp Spörri**